

SPD setzt auf Qualität: Förderschulen unter das Dach des Kreis Unna

Wenn der Kreis Unna und seine zehn Städte und Gemeinden die Landschaft der Förderschulen neu ordnen will, gleicht das der sprichwörtlichen Quadratur des Kreises. „Die Menschen können sich sicher sein, dass wir den Elternwillen, die Sicherung der Qualität und die langfristige Standort-Sicherung gewährleisten werden“, versichert Christine Hupe als schulpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion.

Die Landschaft der Förderschulen befindet sich in Zeiten der Inklusion in einem gewaltigen Umbruch: Die Eltern haben die Wahl, ihre Sprösslinge auch an den Regelschulen anzumelden. Entsprechend sinken nach vorliegenden Prognosen die Schülerzahlen an den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen, die sich in der Trägerschaft der Städte und Gemeinden befinden: von ursprünglich 1300 auf absehbar 400. Die meisten dieser Schulen haben die gesetzlich vorgegebenen Mindestgrößen bereits unterschritten. Sie sollen deshalb nach den bisherigen Planungen komplett aufgegeben werden; die Trägerschaft aller Förderschulen soll der Kreis Unna übernehmen.

Der muss sich nach dem Willen der Sozialdemokraten der Aufgabe auch mit Engagement stellen und die Angebote qualitativ fortentwickeln – unter anderem durch den Aufbau von Ganztagsangeboten und durch eine klare Berufsorientierung, die den Schülerinnen und Schülern später einen möglichst reibungslosen Übergang in die Arbeitswelt ermöglicht.

Gegenwärtig tüftelt die Kreisverwaltung zusammen mit den Städten und Gemeinden daran, an welchem Standort künftig welche Angebote vorgehalten werden sollen. Schließlich gibt es Förderangebote mit den Schwerpunkten Lernen, geistige

Entwicklung, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung. Die SPD-Kreistagsfraktion legt großen Wert darauf, dass möglichst wohnortnahe Angebote entstehen. Das bedeutet aber nicht, dass in jeder Kommune künftig noch jeder Förderschwerpunkt angeboten werden kann.

Vielmehr sollen entsprechend leistungsstarke Förderangebote vornehmlich in Schulzentren/Förderzentren entstehen. Dabei soll auf bestehende Gebäude zurückgegriffen werden. Angenehmer Nebeneffekt nach den bisherigen Überlegungen: Die Städte und Gemeinden dürften 2,7 Millionen einsparen, der Kreis rechnet mit einem Mehraufwand von 2,3 Millionen Euro. „Bei einer Verbesserung der Qualität haben wir damit die Chance, rund eine halbe Million Euro unter dem Strich einzusparen.“